

Von europäischen Visionen zur bildungspolitischen Praxis

Europas Staats- und Regierungschefs haben sich im März 2000 in Lissabon ein ambitioniertes Ziel gesetzt: Bis zum Jahr 2010 soll die EU zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt werden. Um diese „Lissabon-Ziele“ mit Leben zu füllen, haben die EU-Bildungsminister 2002 ein bis zum Jahr 2010 reichendes Arbeitsprogramm beschlossen: „Allgemeine und berufliche Bildung 2010“. Eine der wichtigsten Botschaften: Die bisherigen Systeme müssen offener und flexibler werden, damit die Lernenden individuelle, bedarfs- und interessengerechte Lernwege einschlagen können. Allerdings unterscheiden sich die Systeme gerade im Bereich der beruflichen Bildung in den einzelnen Mitgliedsstaaten erheblich. Um eine Vergleichbarkeit herzustellen, wurde mit EQF und ECVET ein kompetenzorientierter Ansatz gewählt, der die Lernergebnisse in den Mittelpunkt der Betrachtung stellt (WuE hat mehrfach berichtet).

Allerdings werden die deutschen Ausbildungsberufe, da sie im Vergleich mit anderen europäischen Staaten geringere schulische Anteile aufweisen, im Europäischen Qualifikationsrahmen relativ niedrig eingestuft – eine Tatsache, die von deutscher Seite scharf kritisiert wird, weil sie die Ausbildungsleistungen des Lernortes „Betrieb“ nicht ausreichend würdigt.

Kritik ist in diesem Zusammenhang sicherlich berechtigt. Es darf dabei aber nicht übersehen werden, dass die deutsche Ausbildungsrealität außerordentlich heterogen ist. Während die betriebliche Ausbildung in Großbetrieben mit Hilfe eigener Ausbildungsabteilungen erfolgt, findet sie in kleinen und mittleren Unternehmen häufig nur im Produktionsprozess statt. Abhängig vom Engagement des dort tätigen Fachpersonals kommt es hier eher zu situativen und zufälligen Lerneffekten. Eine Ausbildung nach pädagogisch-systematischen Kriterien ist hier höchst selten zu finden.

Um die Qualität der betrieblichen Ausbildung zu verbessern, entstand im Jahre 2005 der Fortbildungsberuf „Berufspädagoge/-in IHK“. Berufspädagogen nach dem IHK-Modell sind besonders qualifizierte betriebliche Ausbilderinnen und Ausbilder. Ihre spezielle Qualifikation erwerben sie durch einen berufsbegleitenden, modular aufgebauten Fortbildungskurs. Grundsätzlich ist eine stärkere Professionalisierung des betrieblichen Bildungspersonals sicherlich zu begrüßen. Doch löst der neue Fortbildungsberuf die oben genannten Probleme tatsächlich?

Die Entscheidungen über Art und Umfang betrieblicher Ausbildungsplätze fallen letztendlich nach ökonomischen Kriterien. Zur Vermeidung externer Effekte neigen Betriebe mit kostenintensiven Ausbildungsplätzen - mit und ohne Berufspädagoge/IHK - zu einer möglichst betriebsbezogenen Ausbildung und zu einer Beschränkung des Ausbildungsangebotes auf den für den eigenen Betrieb kalkulierten Nachwuchsbedarf. Für kleine und mittlere Betriebe wird die Einstellung eines Berufspädagogen/IHK, der überwiegend in der Ausbildung tätig ist, kaum möglich sein.

Optimisten könnten hier auf die Möglichkeit der Internalisierung externer Effekte durch das Steuer- und Transfersystem verweisen. Allerdings wissen wir aus der Theorie der öffentlichen Güter, dass die korrekte Einschätzung der externen Kosten und der damit notwendigen Korrekturzahlen erhebliche Probleme mit sich bringt. Darüber hinaus sind viele „Lissabon-Ziele“ makroökonomischer Natur. So sollen gerade durch das berufliche Bildungssystem die Chancengerechtigkeit, eine größere Bildungsbeteiligung weiter Bevölkerungsschichten und der soziale Zusammenhalt gefördert werden – Ziele, die nicht unbedingt zu den originären Unternehmenszielen gehören. Warum sollte ein Unternehmen, das nur regional agiert, „Interkulturelle Kompetenz“ vermitteln? Wie soll ein Auszubildender Lerninhalte einfordern, die ihn für eine Tätigkeit in einem anderen Unternehmen oder für ein Studium qualifizieren?

Die geforderte überbetriebliche und berufsfeldbreite Mobilität als Ziel der Ausbildung wird es ohne die berufsbildenden Schulen nicht geben. Diese Schulen qualifizieren für die

Übernahme von Aufgaben und Verantwortung in Beruf und Gesellschaft, und dies unabhängig von der konjunkturellen und regionalen Entwicklung. Darüber hinaus sichern sie durch die Vorqualifikation in vollzeitschulischen Bildungsgängen und durch die theoretische Fundierung betrieblicher Lernprozesse, dass auch kleine und mittlere Betriebe ein hochwertiges Potenzial an Nachwuchs für anspruchsvolle betriebliche Aufgaben vorfinden.

Konzepte anderer EU-Staaten, die eine qualifizierte schulische Berufsausbildung mit Durchlässigkeit bis zur Hochschule anbieten, sollten verstärkt in unser System integriert werden. In Deutschland haben teil- und vollqualifizierende schulische Berufsbildungsgänge ihre Leistungsfähigkeit schon lange bewiesen. Dies bedeutet, dass das duale System – will es im europäischen Wettbewerb mithalten – sich stärker auf schulische Anteile einlassen muss. Eine Stärkung des Lernortes „berufsbildende Schule“ ist sicherlich ein Gewinn für den Bildungsstandort Deutschland, ohne dass die duale Ausbildung dadurch entwertet wird.

Annette Orth

Dr. Annette Orth ist Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands des Bundesverbandes.